

PLENUM 2021



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Dritter Impfstoff gegen Covid erhält die Zulassung

MARTINA STAMM-FIBICH:

Mehr Befugnisse für Notfallsanitäter*innen

GABRIELA HEINRICH:

Neue Chance für den Globus mit Joe Biden

CARSTEN TRÄGER:

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Dritter Impfstoff gegen Covid erhält die Zulassung

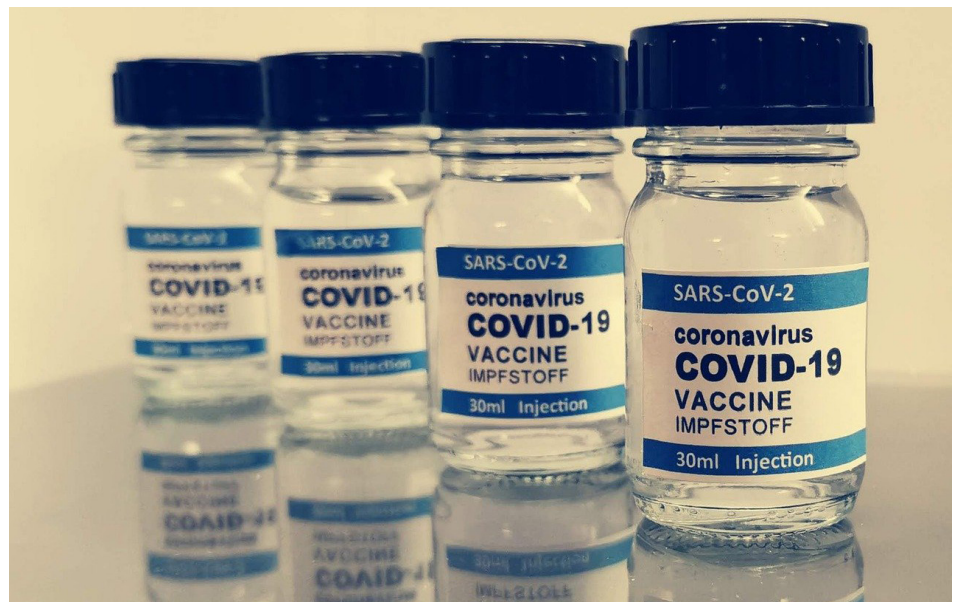
Am 7. Februar will das Pharmaunternehmen AstraZeneca zum ersten Mal liefern. Rund 600.000 Impfdosen sollen Deutschland dann erreichen.

Am Ende der letzten Sitzungswoche hat die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) die Zulassung für den COVID-19-Impfstoff des Britisch-Schwedischen Pharmaunternehmens AstraZeneca veröffentlicht. Die Zulassung gilt für alle Altersgruppen ab 18 Jahren und ist ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf gegen die Corona-Pandemie.

Offensichtlich ist aber auch, dass die Zulassung des Impfstoffs in der vergangenen Woche heiß diskutiert wurde. Befeuert durch einen Zahlendreher im Handelsblatt wurden Zweifel an der Wirksamkeit des Impfstoffs von AstraZeneca laut. Statt der tatsächlichen Wirksamkeit von 70 Prozent war fälschlicherweise lediglich von einer 10-prozentigen Wirksamkeit die Rede. Hinzu kamen das Gerangel um den Impfstoff auf europäischer Ebene, bei dem der Hersteller keine gute Figur machte, sowie die nicht autorisierte Vorabveröffentlichung der Impfempfehlung der Ständigen Impfstoffkommission beim Robert-Koch-Institut (STIKO).

Die Fakten liegen nun auf dem Tisch

Nachdem nun alle Fakten auf dem Tisch liegen, sieht die Situation folgendermaßen aus: Der Impfstoff erzielt bei der Altersgruppe der 18 bis



Mit der Zulassung des Covid-19-Impfstoffes der Firma AstraZeneca sind jetzt drei Mittel auf dem Markt, um die Pandemie zu bekämpfen.

64-Jährigen eine Wirksamkeit von rund 70 Prozent. In der Altersgruppe der über 65-Jährigen lagen zur Zeit der Antragsstellung jedoch nicht genügend Daten vor, um eine Wirksamkeit ausreichend statistisch belegen zu können. An der Sicherheit des Impfstoffs besteht in allen Altersgruppen kein Zweifel. AstraZeneca hat bereits angekündigt, weitere Daten für die Altersgruppe der über 65-Jährigen nachzureichen.

Bis es soweit ist, empfiehlt die STIKO den Impfstoff nur zur Anwendung bei Erwachsenen bis 64 Jahre. Aus die-

sem Grund rücken nun auch jüngere Personen in der Prioritätenreihenfolge nach oben. Dazu gehören insbesondere Menschen mit Vorerkrankungen, zum Beispiel Patientinnen und Patienten mit Krebs, Diabetes, psychiatrischen Erkrankungen, Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen.

Worauf es jetzt ankommt

Die erste Lieferung von AstraZeneca über 600.000 Impfdosen wird für den 7.2. erwartet. Zusammen mit den Impfstoffen von BioNTech und Moderna stehen für den Februar pro Woche rund 1,8 Millionen Impfdosen bereit.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

„Sie haben ihren Kampf vor 76 Jahren verloren“

Im Bundestag fand eine Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Charlotte Knobloch mit klarer Ansage an die AFD.

76 Jahre ist es her, dass die Soldaten der Roten Armee auf einen Ort stießen, der alle ihre bisherigen Leiden und Schrecken des Krieges mit den Nazis in den Schatten stellte: das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Die unvorstellbaren Gräueltaten des Holocaust wurden mit der Befreiung des Konzentrationslagers für die ganze Welt sichtbar. Den Opfern des Holocaust gedachten wir diese Woche im Deutschen Bundestag mit einer Gedenkstunde.

Die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. h.c. Charlotte Knobloch schilderte ihre Erlebnisse als kleines Mädchen, wie sie als Jüdin erst gegängelt, dann ausgegrenzt und

schließlich verfolgt wurde. Eine Bauernfamilie aus Mittelfranken auf deren Hof sie sich verstecken konnte, rettete ihr das Leben. Und obwohl das Ende des Holocaust 76 Jahre zurückliegt, jüdenfeindliches Denken ist wieder salonfähig "von der Schule bis zur Corona-Demo". Deshalb ist es unsere Pflicht als Nachkommen der Täter, die Erinnerung an die Verbrechen wachzuhalten und zu verhindern, dass so etwas jemals wieder geschieht. Genau aus diesem Grund müssen wir alle Rechtsextremismus und Antisemitismus entgegenreten, sei es in der Familie, im Internet, oder in Parlamenten. So wandte sich Frau



Foto: Marco Urban/DBT

Knobloch auch an die AFD und deren Unterstützer, die anerkennen sollten, an welche Tradition sie anknüpfen: "Sie werden weiter für Ihr Deutschland kämpfen und wir werden weiter für unser Deutschland kämpfen. Ich sage Ihnen: Sie haben Ihren Kampf vor 76 Jahren verloren."

Mehr Befugnisse für Notfallsanitäter*innen

In einem Notfall entscheiden oft Sekunden, ob ein Mensch in Not gerettet werden kann oder nicht. Notfallsanitäter*innen sind oft als Erste vor Ort, konnten aber bislang bei lebensbedrohlichen Zuständen des Patienten ihr lebensrettendes Wissen nur auf Anweisung eines Notarztes einsetzen. Ihr Handeln mussten sie gegebenenfalls sogar gerichtsfest begründen. Damit ist nun Schluss: Der Bundestag hat auf Initiative der

SPD beschlossen, dass Notfallsanitäter*innen im Notfalleinsatz auch in Abwesenheit des Notarztes oder der Notärztin eigenverantwortlich notwendige heilkundliche Maßnahmen durchführen können, ohne dabei Strafen fürchten zu müssen. Beim Notfallsanitätergesetz haben CDU/CSU und FDP diese Rechtssicherheit noch abgelehnt. Jetzt ist es endlich gelungen, den Knoten zu durchschlagen. Davon profitieren nicht nur die Notfallsanitä-



Martina Stamm-Fibich beim BRK.

ter*innen, sondern natürlich auch die Patientinnen und Patienten in Not.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Neue Chance für den Globus mit Joe Biden

Wechsel an der Spitze der USA macht sich bereits positiv bemerkbar.

Nicht sofort wird alles besser werden, weil Trump jetzt weg ist. Auch Biden wird zuerst an die USA denken. Dort hat er weiß Gott genug zu tun, das gesplante Land wieder etwas zu einen. Dennoch beobachte ich bereits jetzt sehr positive Entwicklungen in der internationalen Politik. Beispiele:

Joe Biden möchte die USA wieder ins **Pariser Klima-Abkommen** und in die **WHO** führen, das hat er sogar noch vor seiner Amtseinführung deutlich gemacht. Die Klimakatastrophe und die Pandemie halte ich derzeit für die wichtigsten Herausforderung weltweit. Bei Corona und bei der Erderwärmung kommen wir einfach nicht an den USA vorbei. Ich freue mich, dass Biden zu beiden Themen wieder mehr mit der Staatengemeinschaft zusammenarbeiten will. Freilich müssen den Worten noch Taten folgen. Aber selbst die bloße Verlautbarung steht den Trumpschen Äußerungen diametral – und wohlthuend – entgegen.

Für die globale **Abrüstung** hat es in der letzten Zeit düster ausgesehen. Der INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme war 2019 durch die USA und Russland gekündigt worden. Der letzte verbliebene große Abrüstungsvertrag – New START – wird zum Glück jetzt verlängert. Er wäre sonst im Februar ausgelaufen. Putin und Biden haben sich auf die Verlängerung des



Das Capitol in Washington.

Abkommens geeinigt, das Russland und den USA je 800 Trägersysteme und 1550 einsatzbereite Atomsprenköpfe erlaubt. Und das ist hoffentlich nur ein Anfang. Auch die Rückschritte beim „Vertrag über den Offenen Himmel“ lassen sich womöglich mit einer neuen US-Regierung umkehren.

Im **Positionspapier zu den transatlantischen Beziehungen** stellt die SPD-Bundestagsfraktion fest, dass es wichtig ist, „gemeinsam mit der künftigen US-Regierung die Weichen für die Zukunft neu zu stellen und die transatlantischen Beziehungen proaktiv zu gestalten.“ Denn das wird mit Joe Bi-

den wieder möglich sein. Ich glaube übrigens, dass auch Wladimir Putin die Zeichen der Zeit erkannt hat. Möglicherweise möchte er gegensteuern, dass jetzt Europa und die USA enger zusammenrücken. Putin hat vorgeschlagen, dass Europa und Russland einen „ehrlichen Dialog“ führen sollen, um die Beziehungen wieder zu verbessern. Falsch ist das nicht, aber den Zeitpunkt der Äußerung Putins nach Bidens Amtsantritt finde ich zumindest bemerkenswert.

Millionen von Frauen profitieren von etwas, das Joe Biden und Kamala Harris gleich zu Beginn machen wollen: Sie wollen die von Trump eingeführte **„Global Gag Rule“** (Globale Knebelregelung) kippen. Das darf hier keinesfalls fehlen. Global Gag Rule bedeutet, dass Entwicklungsorganisationen, die Geld aus dem US-Haushalt bekommen, keine Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen leisten dürfen. Auch dann nicht, wenn eine Frau vergewaltigt wurde!

Für Millionen von Frauen war das eine Katastrophe – zumal die Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen dadurch nicht zurückging, sondern nur gefährlicher für die Frauen wurde. Biden und Harris haben die wichtige Botschaft gesendet: Reproduktive Rechte sind Menschenrechte. Frauen und Mädchen haben das Recht, selbst über ihre Körper zu entscheiden.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Wohnen darf kein Luxus sein, den sich nur wenige leisten können. Wohnraum muss ausreichend verfügbar und dauerhaft bezahlbar sein – dafür braucht es neben der Mietpreisbremse auch eine aktive, staatliche Bodenpolitik.

Die Bundesregierung hat entscheidende Gesetzesänderungen für eine gemeinwohlorientiertere Bodenpolitik und einen besseren Schutz von Mieterinnen und Mietern auf den Weg gebracht. Der Entwurf zum Baulandmobilisierungsgesetz wurde nun in Erster Lesung im Bundestag beraten.

Wir wollen das Baugesetzbuch in zwei entscheidenden Punkten ändern, über die wir mit der Union lange ringen mussten:

- Künftig sollen in angespannten Wohnungsmärkten Mietwohnungen in einem Mehrfamilienhaus nur noch in engen Ausnahmefällen in für viele unerschwingliche Eigentumswohnungen umgewandelt werden dürfen. Denn das bedeutet leider oft, dass die neuen Vermietenden die Miete erhöhen, um die hohen Investitionen finanzieren zu können. Dadurch können aber die Mieterinnen und Mieter oft die Miete nicht mehr bezahlen und müssen ihre vier Wände aufgeben – das darf nicht sein.

Diesen neuen Umwandelungsschutz sollen die Städte und Gemeinde unter Genehmigungsvorbehalt anordnen können. Die Regelung ist zunächst bis Ende 2025 befristet.



- Zudem sollen Städte und Gemeinden in angespannten Wohnungsmärkten leichter ein Baugesot erlassen können. Wenn Grundstücke aus Spekulationsgründen brachliegen gelassen werden, soll die Stadt die Eigentümerinnen und Eigentümer mit Hinweis auf den Wohnungsmangel verpflichten können, dort Wohnungen zu bauen.

Wenn die Eigentümerinnen und Eigentümer trotzdem nicht bauen möchten, soll die Stadt das Grundstück übernehmen können – auch zugunsten einer gemeinwohlorientierten Wohnungsbaugesellschaft oder einer Genossenschaft, die dort bauen will.

Die Baugesetzbuchnovelle ist für die SPD ein elementarer Baustein, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Das Vorkaufsrecht, die Erleichterung von Baugesot und der neue sektorale Bebauungsplan stärken Städte und Gemeinden. Sie können künftig auch in Innenstadtbereichen bestimmen, dass ein Mindestanteil an bezahlbaren und Sozialwohnungen gebaut werden muss.

Wir wollen so schnell wie möglich für neue Wohnungen sorgen und dieses wichtige Gesetz deshalb zügig beraten und im ersten Quartal 2021 verabschieden – auch wenn leider weiter mit heftigem Widerstand aus der Union gerechnet werden muss.